

Gegen Steuererhöhungen: Neues NoVA-Gesetz und E-Anreize sind nötig!

Die Koalitionsverhandlungen laufen und viele Autofahrerinnen und Autofahrer plagt parallel eine große Sorge: erneut höhere Kosten ab 1.1.2025, wenn die Co2-Bepreisung wieder angehoben wird oder Steuervorteile künftig wegfallen sollen. Dies könnte bald auch Lenkerinnen und Lenkern von E-Fahrzeugen drohen. Das Bundesgremium Fahrzeughandel unterstützt deshalb das „Autovolksbegehren: Kosten runter!“ und ruft zur Unterschrift auf.

Wien, 18.12.2024. Jeder 12. erwirtschaftete Euro in Österreich ist auf die Automobilwirtschaft zurückzuführen. Sie ist Garant für Arbeitsplätze und Wohlstand in Österreich. Mit Jahreswechsel wird jedoch die CO₂-Steuer erneut planmäßig erhöht, ähnliches droht bei der Mineralölsteuer. Und auch über die Abschaffung des Dieselprivilegs oder des Klimabonus sowie Änderungen bei der Pendlerpauschale wird politisch diskutiert. Selbst so etwas wie eine „Kilometerabgabe“ – diese würde dann auch E-Fahrzeuge einschließen – ist nicht mehr ausgeschlossen. Hart für alle Menschen, die auf ihr Auto angewiesen sind.

„Als Fahrzeughandel sagen wir ganz klar: es darf zur Budgetkonsolidierung nicht ausschließlich der Verkehr und die Autofahrenden zur Kasse gebeten werden“, sagt Klaus Edelsbrunner, Obmann des Bundesgremiums Fahrzeughandel in der Wirtschaftskammer Österreich. Dabei ist Österreich ohnehin ein Hochsteuerland – insbesondere für Autos. Deshalb unterstützt der Fahrzeughandel das "Autovolksbegehren – Kosten runter!" (www.autovolksbegehren.at). Autosteuern sollen in Summe um 25 Prozent gesenkt werden, was durchschnittlich 670 Euro Einsparung bedeuten würde.

Noch immer zu hohe Hürden bei E-Mobilität

Der Fahrzeughandel appelliert an die Politik, die Herausforderungen beim Thema Mobilität ernst zu nehmen. Eine vernünftige Verkehrspolitik schließt dabei eine Reform des NoVA-Gesetzes ein. Der aktuelle Gesetzestext ist kompliziert und unübersichtlich. „Es ist von zentraler Bedeutung, dass das Gesetz klarer und transparenter gestaltet wird, um eine einfachere und verständlichere Handhabung zu ermöglichen“, sagt Bianca Dvorak, Geschäftsführerin des Bundesgremiums Fahrzeughandel. Gleichzeitig könnte auch die durch die NoVA generierte jährliche Steuereinnahme in Höhe von rund 500 Millionen Euro überdacht werden.

Der Weg in die Zukunft der Mobilität führt für den Fahrzeughandel nur über eine enge und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik. „Ein zielführender Dialog zwischen den politischen Entscheidungsträgern und der Automobilwirtschaft ist entscheidend, um die Umstellung auf neue Technologien erfolgreich zu gestalten“, ist sich Edelsbrunner abschließend sicher. Denn selbst wer auf E-Mobilität setzen möchte, ist nach wie vor hohen Hürden ausgesetzt.

Dies hängt mit einer gut ausgebauten Ladeinfrastruktur zusammen. Es braucht ein flächendeckendes Netzwerk an Ladestationen im gesamten Bundesgebiet. Weiters müssen Unsicherheiten bezüglich der Energiekosten und der Bezahlmodelle an E-Ladestationen beseitigt werden. Die Politik muss hier die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Wer Strom tankt, muss auch gleich die Kosten beim Laden kennen. Versteckte Gebühren oder unklare Preismodelle verunsichern. Die einfache Nutzung von Kredit- und Debitkarten sollte selbstverständlich sein.

Für die österreichischen Fahrzeughändler ist es wichtig, dass die aktuellen Förderungen für Elektrofahrzeuge beibehalten und langfristig abgesichert werden. Der E-Mobilitätsbonus und andere Ankaufsförderungen haben dazu beigetragen, den höheren Anschaffungskosten von Elektrofahrzeugen entgegenzuwirken. Das Aussetzen der betrieblichen Förderung für E-Autos hat bereits zu einem starken Rückgang der Nachfrage geführt und die Zulassungszahlen negativ beeinflusst. Zusätzlich muss die Sachbezugsbefreiung und der Vorsteuerabzug für Elektrofahrzeuge weiterhin gewährleistet sein.

Bildhinweis:

Bild 1: Mag. Bianca Dvorak, Geschäftsführerin Bundesgremium Fahrzeughandel WKÖ

Bild 2: KommR Ing. Klaus Edelsbrunner, Bundesgremialobmann Fahrzeughandel WKÖ

Über den Fahrzeughandel

Als Interessenvertretung von rund 18.500 Händlern von Kraftfahrzeugen, Reifen, Ersatzteilen und Zubehör stellt sich das Bundesgremium für den Fahrzeughandel in der Wirtschaftskammer Österreich täglich der Herausforderung, die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene mitzugestalten.

Rückfragehinweis

Mag. Michael Lechner | Milestones in Communication | michael.lechner@minc.at | +43 664 889 75 824